

Zürich, 24. September 2015

Migration revisited

NZZ vom 20. September 2015



Anja Klug, Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein.

Schlagzeilen aus der NZZ und anderswo

(Die Kommentare des Verfassers finden sich im umrandeten Bereich)

2. Jahrgang Nr. 237

Reaktionen aus der Leserschaft

Zu diesem brisanten Thema vom 19. September - In- und ausländische Flüchtlinge haben den Verfasser der „täglichen Gedanken“ gleich mehrere Zuschriften erreicht:

J-L. R. schreibt:

Von einer Völkerwanderung zu reden ist m.E. auch tatsächlich am Platz, wenn dieser Zustrom aus dem Orient anhält. Damals, bei der Völkerwanderung des 4. bis 7. Jahrhunderts waren es offenbar Gruppen von ca. 20'-50'000 Menschen, die über lange Zeit jeweils eindringen und sich im römischen Reich verbreiteten – also weniger als das, was wir jetzt und seit ein paar Jahren über Italien und die Balkanroute erleben.

Dazu aus Wikipedia, Völkerwanderung: Die Bezeichnung „Völkerwanderung“ ist nach vorherrschenden Ansicht der heutigen Forschung insofern irreführend, als **keine „ganzen Völker“**, sondern oft **nur Kriegerverbände „wanderten“**, die zudem ethnisch zumeist heterogen zusammengesetzt waren: Die alte Vorstellung, eine ethnisch einheitliche Gruppe sei aus ihrer „Urheimat“ aufgebrochen, auf der Wanderung ein homogener Verband geblieben und habe sich am Ende ihrer Wanderung anderswo neu angesiedelt, gilt als überholte Theorie. Die moderne Forschung hat vielmehr aufgezeigt, dass die **Identität einer gens** in der Regel am Ende dieses Prozesses eine andere war als am Anfang.

Ob dieser Zustrom aus dem Orient von langer Hand orchestriert worden ist, drängt sich zunehmend auf. Sie zu beantworten, mag den Fragesteller derzeit bald einmal in die Kategorie der **konspirativen Verschwörungstheoretiker** stellen. Eine ganz pragmatische Antwort mag hingegen die altbekannte Frage bringen: **„A qui profite le crime?“ Am unmittelbarsten ist der Profiteur wohl der „IS“:** Durch den **Wegzug hunderttausender und Millionen von ohnehin zu verwestlichten Bevölkerungsgruppen in Syrien, Irak und Afghanistan wird die Errichtung und Ausbreitung des islamistischen Kalifats erheblich erleichtert!** Das Land entvölkert sich von selbst von illoyalen und abtrünnigen Leuten. Mit dieser **„natürlichen Säuberung“** wird Raum frei, und es können **Ressourcen an Zeit und Waffen eingespart werden.**

Der von allen Muslims sicher sehr begrüßte Effekt ist der Zustrom an zwar westlich orientierten Muslims, die allerdings immer Muslims bleiben. Was dem Islam bei der Schlacht von Poitiers gegen Karl Martell und bei der Schlacht bei Wien gegen Prinz Eugen von Savoyen misslang, könnte ihnen nun auf dem Weg einer **demographischen Bombe** gelingen: **Die Kolonisierung Europas. Und das umso mehr, als die Christen in Europa lau und mutlos sind, und ihre eigenen Werte immer weniger kennen.**

Eine **völlig unbehelfliche Kategorisierung** ist m.E. die Aufrechterhaltung der **Unterscheidung zwischen „politischen“ und „wirtschaftlichen“ Flüchtlingen.** Diese Unterscheidung durch Asylverfahren aufrecht zu erhalten ist viel zu aufwändig und zu kompliziert, und geht an der Problematik solcher Migrationsströme völlig vorbei. **Wie soll man eine Völkerwanderung durch das Herausfiltern sog. „politischer“ Flüchtlinge in den Griff bekommen wollen?**

Und W.G. schreibt: Guten Tag Herr Düggelin,

Diese Völkerwanderung ist schon 1943 festgelegt worden.

Es wurden in den USA Pläne geschmiedet, wie man die arische Rasse, so hiess es damals, ausrotten, oder zumindest verdünnen könne.

Die Pläne hiessen: **Morgenthau, Kaufman, Hooten und Nizer.**

Morgenthau wollte einen reinen Agrarstaat einrichten.

Kaufman meinte: Germany must perish.

Nizer: what to do with Germany, am besten durch Umerziehung

Hooten meinte: Dies kann nur getan werden durch eine geplante und gesteuerte Masseneinwanderung fremder Völker aus allen Kontinenten dieser Erde.

Dass dies nun Tatsache geworden ist, und nicht nur auf das besiegte Deutschland angewandt worden ist, sondern das ganze Abendland betrifft, erfahren auch wir Schweizer schmerzlich, rätseln aber, wieso auch wir unter dieser Fuchtel leiden und leben müssen.

Auch die Vision und Plan PANEUROPA von Graf Coudenhove-Kalergi: in der Schrift: „Praktischer Idealismus“ Paneuropa-Verlag Wien-Leipzig, 1925 sollte beachtet werden. „Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein... Die Eurasisch-negroide Zukunftsklasse... wir die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.“

Dies sind die teuflischen Pläne die ausgeheckt wurden, und nun Tatsache werden.

Als Ergänzung aus **Wikipedia:**

Der **Morgenthau-Plan** vom August 1944 war ein von dem US-amerikanischen Finanzminister [Henry Morgenthau](#) veranlasster Entwurf zur Umwandlung [Deutschlands](#) in einen [Agrarstaat](#) nach dem absehbaren Sieg der [Alliierten](#) im [Zweiten Weltkrieg](#). Das sollte langfristig verhindern, dass Deutschland je wieder einen [Angriffskrieg](#) führen könne.

Das [Memorandum](#) wurde im August 1944 im US-Finanzministerium erstellt und durch eine Indiskretion am 21. September 1944 in den USA veröffentlicht. US-Präsident [Franklin D. Roosevelt](#) verwarf den Entwurf nach einigen Wochen; er gelangte nie in ein konkretes Planungsstadium und war nie zur politischen Realisierung vorgesehen.

Im Oktober 1945 publizierte Morgenthau ein Buch mit dem Titel **“Germany Is Our Problem”** („Deutschland ist unser Problem“, Verlag Harper and Brothers). Darin erklärte er seinen Plan.

Bedeutung erhielt der Plan erst durch die [nationalsozialistische Propaganda](#), die ihn ab September 1944 als Plan des sogenannten [Weltjudentums](#) zur „Versklavung“ der Deutschen darstellte und damit ihre Durchhalteparolen begründete. Im [rechtsextremen Geschichtsrevisionismus](#) wird der für die spätere Besatzungspolitik der Alliierten bedeutungslose Entwurf wegen der jüdischen Herkunft und Regierungszugehörigkeit des Initiators weiter analog zur nationalsozialistischen Propaganda für [antisemitische Verschwörungstheorien](#) benutzt (sog. **Morgenthau-Legende**)

Nach dem im April 1945 aufgrund von politischen Differenzen mit dem neuen Präsidenten [Harry S. Truman](#) erfolgten Rücktritt blieb Morgenthau mehrere Jahre aktives Mitglied einer Gruppe, die sich (zusammen mit anderen Prominenten wie [Eleanor Roosevelt](#), der früheren [First Lady](#)) für einen **“harsh peace” mit Deutschland** einsetzte.

Danke den beiden Lesern für die äusserst interessanten, durch die Geschichte dokumentierten Einsendungen!

Die ETH und die Universität Zürich planen Deutschkurse für Flüchtlinge anzubieten. Dafür müssen diese in ihrer Heimat aber studiert haben.

Die ETH Zürich reagiert auf die aktuelle Flüchtlingskrise und will künftig Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten. «Wir prüfen zusammen mit der Universität Zürich, zusätzliche Plätze im gemeinsamen Sprachenzentrum der Hochschulen zu schaffen, damit Flüchtlinge Deutschkurse besuchen können», sagt ETH-Präsident Lino Guzzella im Interview mit der «Schweiz am Sonntag».



«Wir werden keine Personen aufnehmen, die chancenlos sind, ein Studium an der ETH zu bestehen»: Lino Guzzella, Präsident der ETH Zürich.

(Bild: Keystone/Peter Schneider)



Das ETH-Gebäude in Zürich. (Bild: Keystone/Gaetan Bally)

Es gäbe einen **etablierten Prozess**, wie sich ausländische Studierende bei der ETH bewerben könnten, sagt er. Dazu gehörten **Aufnahmeprüfungen und auch Sprachkenntnisse**. Genau hier will Guzzella ansetzen. Wenn die Sprache ein Problem sei, könnten sie **im Sprachenzentrum einen Deutschkurs anbieten**. «Zusätzlich wollen wir innerhalb des Rektorats die Gesuche der Flüchtlinge so unbürokratisch und so schnell wie möglich behandeln», sagt Guzzella.

Wie viele Plätze die ETH anbieten wird, hängt von den Bewerbungen ab. Die ETH und Universität Zürich dürften nicht die einzigen bleiben. Die Konferenz der Schweizer Universitätsrektoren haben sich an ihrer Plenarversammlung diese Woche darauf geeinigt, **den Hochschulzugang für die Flüchtlinge anzupassen**.

Ein anderer Leser, M.D. hat mir diesen Beitrag dazu zugesandt mit folgendem Kommentar: (auch ihm sei gedankt!)

Interessant dieser Link vor allem mit den Kommentaren, die – so scheint es - die Stimmung in der Bevölkerung recht gut abbilden. Aber die Gutmenschen und „die in Bern“ scheinen dies nicht bemerken zu wollen.

Link: <http://www.20min.ch/schweiz/zuerich/story/ETH-will-Fluechtlinge-Deutsch-lehren-18802897>

Wird da bereits Personal für den Innovationspark in Dübendorf rekrutiert? Dies fragt sich bei dieser „Geschichte“ der Verfasser der „täglichen Gedanken“! Oder kandidiert der Präsident der ETH Zürich gar für den Nationalrat?

Migration - Internationale Kritik an Schweizer Asylpolitik NZZ am Sonntag Lukas Häuptli

Die Schweiz sei gegenüber Kriegsvertriebenen zu restriktiv, bemängelt das Flüchtlingshochkommissariat der Uno

Der Bund gewährt der Mehrheit der Asylsuchenden aus Kriegsgebieten nur vorläufige Aufnahmen. Das komme einer Abschreckungspolitik gleich, sagen Kritiker.

Die Schweiz nimmt bis zu 1500 Asylsuchende auf, die sich zurzeit in Italien oder Griechenland befinden. Das hat der Bundesrat am Freitag entschieden. Bereits jetzt steht fest, **dass die Mehrheit der 1500 Personen Syrer sein werden** - und dass sie hier sowohl ein Asylgesuch stellen als auch ein Asylverfahren durchlaufen müssen. Absehbar ist: **Das zuständige Staatssekretariat für Migration (SEM)** wird über die Gesuche entscheiden, wie es in den letzten Jahren immer über Gesuche von Kriegsvertriebenen entschieden hat - **es erteilt nur einer Minderheit den Flüchtlings-Status. Die Mehrheit erhält eine vorläufige Aufnahme; das SEM lehnt ihre Gesuche ab. Bei den Syrern werden derzeit gut ein Drittel als Flüchtlinge anerkannt, die anderen knapp zwei Drittel nur vorläufig aufgenommen.**

Jetzt wird an dieser Praxis Kritik laut. **«Die Schweiz verfolgt gegenüber syrischen Asylsuchenden eine zu restriktive Politik», sagt Anja Klug (vgl. Interview).** Sie leitet das **Büro des Flüchtlingshochkommissariats der Uno (UNHCR) für die Schweiz und Liechtenstein**. «Das UNHCR vertritt die Meinung,

dass die europäischen Staaten die allermeisten syrischen Asylsuchenden als Flüchtlinge anerkennen müssten. Die allermeisten flüchten nicht nur vor Bomben, sondern auch vor Verfolgung.» **Gemäss der Genfer Konvention gilt jede Person als Flüchtling, die «wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung» verfolgt wird.** In fast allen anderen europäischen Staaten werden denn auch deutlich mehr syrische Asylsuchende als Flüchtlinge anerkannt, als dies in der Schweiz der Fall ist.

So liegt die entsprechende Anerkennungsquote, also der Anteil der Flüchtlings-Anerkennungen an allen Asylentscheiden, in Deutschland bei rund 95 Prozent, in Grossbritannien bei 87 Prozent und in Dänemark bei 64 Prozent. Im Durchschnitt aller europäischen Länder beträgt sie 72 Prozent. **In der Schweiz dagegen lag sie in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres bei rund 35 Prozent**, wie SEM-Sprecherin Gaby Szöllösy sagt; die 43 Prozent im zweiten Quartal 2015 (vgl. Grafik) waren ein Höchstwert.

Abtauchen in andere Länder - Was eine vorläufige Aufnahme für Asylsuchende konkret bedeutet, zeigt das Beispiel einer syrischen Frau, die mit ihren vier Kindern in die Schweiz geflüchtet war und hier ein Asylgesuch gestellt hatte. Die Familie wurde in einem grossen kantonalen Asylzentrum untergebracht, wo die Mutter ein fünftes Kind gebar. **Wenig später lehnte das SEM das Gesuch der Familie ab und erteilte ihr eine vorläufige Aufnahme.** Damit war klar: Die Frau konnte ihren Mann nicht in die Schweiz nachreisen lassen, die Kinder durften keine ordentliche Schule besuchen, und die Familie musste auf unbestimmte Zeit in einer sogenannten Kollektivunterkunft für Asylsuchende leben. **In der Zwischenzeit sind die Mutter und ihre Kinder abgetaucht und haben die Schweiz verlassen.** Anwälte, die syrische Asylsuchende vertreten, erzählen von verschiedenen ähnlichen Fällen: **Wegen des Status der vorläufigen Aufnahme reisen Syrer in andere europäische Länder weiter und stellen dort ein zweites Asylgesuch. «Vorläufige Aufnahmen schaffen bei den Asylsuchenden grosse Ungewissheit und Frustration», sagt der Berner Anwalt Michael Steiner, der viele Syrer vertritt.** «Ich weiss von mehreren Betroffenen, die aus diesem Grund aus der Schweiz nach Deutschland gereist sind und dort ein Asylgesuch gestellt haben. Das ist möglich, weil Deutschland praktisch keine Dublin-Rückführungen mehr vollzieht», sagt Steiner. Die Dublin-Verordnung sieht vor, dass Asylsuchende nur in einem europäischen Land ein Gesuch stellen dürfen. Reisen sie weiter, werden sie in dieses Land zurückgeführt. **Zudem führe die restriktive Politik dazu, dass viele syrische Asylsuchende schon gar nicht erst in die Schweiz reisten**, sagt Steiner weiter. **«Es ist eine eigentliche Abschreckungs- und Zermürbungspolitik.»**

Ähnlich tönt es bei Amnesty International: «Die Tatsache, dass die Schweiz nur rund 35 Prozent der syrischen Asylsuchenden als Flüchtlinge anerkennt, hat eine stark abschreckende Wirkung. Aus diesem Grund meiden viele Syrer und Syrerinnen das Land», sagt Denise Graf, Asylrechts-Expertin von Amnesty International.

Die Scheu der Arbeitgeber - **Schliesslich ist vielen vorläufig Aufgenommenen der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert.** «Arbeitgeber, in erster Linie Temporärbüros, scheuen den Papierkram, den die Beschäftigung von vorläufig Aufgenommenen mit sich bringt», sagt der Oltner Anwalt und Asylrechts-Spezialist Jürg Walker. «Deshalb erhalten sie häufig keine Arbeit.»

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), dem Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (sp.) vorsteht, überprüft zurzeit den Status der vorläufigen Aufnahme. Der Anstoss dazu kam aus dem Nationalrat, die Resultate der Überprüfung sollen Ende 2015 veröffentlicht werden.

Kluges Kopfrechnen wäre angesagt Frau Klug! Wiederum eine Statistik die wohl nicht die Wahrheit sagt! Welcher Zeitraum wurde miteinbezogen? Und schliesslich worin liegt denn der Unterschied zwischen anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen, wenn in fünf Jahren noch immer Krieg herrscht in Syrien? Auf jeden Fall sieht es heute nicht so aus, dass der Krieg bald vorbei sein wird! Und was soll mit den Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen nach Ablauf dieser Zeit geschehen, sollen alle in Europa integriert und assimiliert werden? Dies ist die „thousand dollar question“, aber niemand hat eine Antwort bereit!

Anwalt für Flüchtlinge zu sein, hat sich offenbar zu einem grossen Geschäft entwickelt, allerdings vermögen die publik gemachten Fälle keine Glaubwürdigkeit herstellen. **Und schliesslich, warum muss eine Familie fünf Kinder auf die Welt zu stellen um anschliessend Asyl zu ersuchen? Ja, natürlich, Kinder zu gebären ist wohl ein Menschenrecht!** Während des zweiten Weltkrieges gab es viele Schweizer Ehe- und Liebespaare, welche das Ende des Krieges abgewartet haben, um eine Familie zu

gründen! Auch dies gehört zur Verantwortung eines jeden Menschen. Doch die Europäische Menschenrechtskonvention spricht nicht über Verantwortung und Pflichten, sie garantiert die Rechte, verlangt aber keine Pflichten!

Und wie steht es mit der Arbeitsmarktfähigkeit dieser Zuwanderer? Sind es diejenigen Arbeitskräfte, welche wir in der Schweiz dringend gebrauchen? Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird nicht erschwert, aber es bestehen doch auch **in erster Linie sprachliche Barrieren**. Trotzdem ist das Votum von Lino Guzzella, Präsident der ETH Zürich unverständlich, denn nicht alle Asylanten sind Hochschulabgänger.... Und schliesslich ist selbst die Arbeitslosigkeit in der Schweiz am Steigen begriffen, von den vielen nicht erfassten „Ausgesteuerten“ ganz zu schweigen. Wer nicht sieht, wie die Schweiz und der Mittelstand sich schon seit längerer Zeit auf der schiefen Bahn befindet, muss blind sein! Deshalb kann wohl für jeden Asylanten kein Arbeitsplatz garantiert werden!

Restriktive Schweiz		
Flüchtlingsanerkennungsquoten von syrischen Asylsuchenden in ausgewählten europäischen Ländern (zweites Quartal 2015)		
	Asylentscheide	Anerkennungsquote in Prozent
Griechenland	850	98,82
Deutschland	13 550	94,50
Grossbritannien	795	87,42
Bulgarien	1865	83,38
Norwegen	385	81,82
Dänemark	1250	63,60
Schweiz	1065	42,72
Niederlande	845	41,42
Europa	26 985	71,92
Quelle: Eurostat		

Anja Klug, nomen ist nicht immer ein gutes Omen!

Anja Klug, Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein.

Vorläufige Aufnahme von Asylsuchenden - «Ein katastrophales Signal»

NZZ am Sonntag

Lukas Häuptli

Die Schweiz übernimmt 1500 Asylsuchende aus Italien und Griechenland. Haben Sie auf mehr gehofft?

Das UNHCR begrüsst es, dass sich die Schweiz am europäischen Verteilprogramm beteiligt. Die vom Bundesrat beschlossene Zahl entspricht etwa dem von der EU vorgesehenen Schlüssel. Wir würden aber ein verstärktes Engagement beim Resettlement erwarten, das heisst, bei der Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus den überforderten Erstaufnahmestaaten wie etwa der Türkei, Libanon oder Jordanien.

Unter den 1500 Asylsuchenden werden viele Syrer sein. Die Schweiz anerkennt aber nur gut ein Drittel der syrischen Asylsuchenden als Flüchtlinge, den anderen zwei Dritteln gewährt sie lediglich eine vorläufige Aufnahme. Das ist richtig. Die Schweiz verfolgt gegenüber syrischen Asylsuchenden eine zu restriktive Politik. Sie ist viel restriktiver als in anderen europäischen Staaten. Schauen Sie: Die durchschnittliche Anerkennungsquote von syrischen Asylsuchenden in der Schweiz liegt bei etwa 35 Prozent, in Europa aber bei mehr als 70 Prozent.

Allerdings erlaubt auch eine vorläufige Aufnahme einem Asylsuchenden, in der Schweiz zu bleiben. Ja, aber nur auf Zeit. Vorläufig Aufgenommene müssen jederzeit damit rechnen, dass sie aus der Schweiz wegweisen werden. Das schafft eine grosse Unsicherheit und Perspektivenlosigkeit. Zudem dürfen vorläufig Aufgenommene das Land nicht von sich aus verlassen und haben einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Und schliesslich können Familienmitglieder nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen in die Schweiz nachreisen. Deshalb kritisiert das UNHCR, dass Menschen, die eindeutig schutzbedürftig sind und nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, nur vorläufig aufgenommen werden.

Was ist die Alternative? - Die Staaten der EU kennen den Status des sogenannt subsidiären Schutzes.

Asylrechtlich steht er dem Status des anerkannten Flüchtlings viel näher als der Status des vorläufig Aufgenommenen, wie die Schweiz ihn kennt. Lassen Sie mich noch etwas sagen: Die vorläufige Aufnahme erweckt in weiten Kreisen der Bevölkerung den Eindruck, dass die betroffenen Asylsuchenden gar nicht gefährdet und gar nicht auf Schutz angewiesen sind. Das ist ein katastrophales Signal.

**„Allerdings erlaubt auch eine vorläufige Aufnahme einem Asylsuchenden, in der Schweiz zu bleiben.“
Ja, aber nur auf Zeit. Vorläufig Aufgenommene müssen jederzeit damit rechnen, dass sie aus der Schweiz
weggewiesen werden. Spricht da die kluge Frau Kluge von einem „Dreissigjährigen Krieg“ in
Syrien? Forderungen zu stellen ist immer einfach! Doch was hat das UNHCR, die Uno-Behörde, welche
eigentlich das ganze Geschehen „managen“ müsste bisher für Leistungen vollbracht? Wo sind dessen
Leistungen? Beschränken sie sich darauf, den Uno-Mitgliedsstaaten Vorschriften zu erteilen?**

**Ist es gar die Aufgabe von Frau Kluge, die Schweiz weiter europafähig zu machen?
Sie schreibt: Die Staaten der EU kennen den Status des sogenannt subsidiären Schutzes.**

Konzepte statt Chaos

Niklaus Nuspliger, 12. September

Die Flüchtlingskrise ist auch das Resultat von Fehleinschätzungen und Versäumnissen in der europäischen Asyl- und Aussenpolitik. Gefordert sind mehr Realismus, europäische Ansätze und die Schaffung neuer Anreize.

In der Diskussion um die neuen Vorschläge der EU-Kommission zur Bewältigung der Flüchtlingskrise sind weder fremdenfeindliche Parolen noch solidarische Floskeln gefordert, sondern Realismus und Ehrlichkeit. Zu lange haben irrationale Abwehrreflexe eine rationale Debatte über die Migration verhindert.

Entsprechend konzeptlos geht Europa mit der Krise um. Die desolaten Zustände bei der Aufnahme der Bootsflüchtlinge auf den griechischen Inseln, die unkontrollierten Wanderungen durch den Balkan nach Ungarn und die chaotische Weiterreise Tausender von Flüchtlingen über Österreich nach Deutschland zeichnen das Bild eines Kontinents, der unfähig ist, Schutzsuchende auf geordnete und würdige Weise aufzunehmen.

Entlastung für Grenzstaaten - Eine realistische Politik beginnt mit der Erkenntnis, dass das Recht auf Asyl ein freiheitliches Grundrecht ist und dass die Mehrheit der Menschen, die derzeit nach Europa gelangen, ein Anrecht auf Schutz haben. Auch wenn die meisten Syrer wohl nicht nur dem Krieg, sondern auch der daraus resultierenden Perspektivenlosigkeit entfliehen: Niemand wird dafür plädieren, sie in ein Land zurückzuschicken, in dem der Präsident Chemiewaffen gegen Zivilisten einsetzt und in dem der Islamische Staat ein barbarisches Terrorregime errichtet. **Europa hat sich darauf einzustellen, dass viele Flüchtlinge langfristig hier bleiben werden.**

Zunächst gilt es dem Chaos bei der Aufnahme und beim Empfang der Flüchtlinge Einhalt zu gebieten.

Dazu braucht Europa ein funktionsfähiges System, das regelt, welcher Staat für einen Asylsuchenden zuständig ist. Im grenzfreien Schengen-Raum gibt es zu diesem Zweck das Dublin-System, das aber gar nie richtig funktioniert hat. Im Rückblick ist es unverständlich, dass die EU in den neunziger Jahren ein System einführt, das in den meisten Fällen die Verantwortung jenem Staat aufbürdet, in dem ein Asylsuchender zuerst europäischen Boden betreten hat. Stillschweigend hatte man stets akzeptiert, dass eine gewisse Zahl von Asylsuchenden unkontrolliert von den Grenz- in die Binnenstaaten weiterziehen. **Doch sah niemand die heutige Migrationswelle im Mittelmeer voraus.** Die Folge dieser eklatanten Fehleinschätzung ist die komplette Überforderung der Grenzstaaten.

Hier setzt der Umsiedlungsmechanismus an, das Kernstück der Pläne der EU-Kommission. Kurzfristig will Brüssel 120 000 Flüchtlinge aus Italien, Griechenland und Ungarn auf Europa verteilen, mittelfristig soll ein solcher Notfallmechanismus **permanent im EU-Recht verankert** werden. **Die Entlastung der Grenzstaaten ist nötig**, wobei sie gerade in Griechenland, das nie wirkliche Asylstrukturen errichtet hat, mit dem sofortigen Aufbau von Kapazitäten zur Aufnahme und Registrierung begleitet werden muss. Richtig ist auch, dass Brüssel alle EU-Staaten in die Pflicht nehmen und damit nicht nur eine **Verteilung der Verantwortung, sondern auch ein europäisches Problembewusstsein schaffen** will. Die derzeitigen nationalen Alleingänge, temporären Grenzschiessungen und Ad-hoc-Lösungen sind auf Dauer nicht tragbar.

Eine ehrliche Politik anerkennt, dass es in der Flüchtlingskrise keine Patentrezepte gibt. Auch die Quote würde nicht alle Probleme bei der Aufnahme von Flüchtlingen lösen. Aber sie wäre ein Schritt hin zu einer tiefgreifenderen Reform der Zuständigkeitskriterien im Dublin-System, und sie förderte die dringend nötige Europäisierung der nationalen Standards bei der Unterbringung und der Durchführung der Asylverfahren. Das Problem der Quote ist aber, dass sich in der Praxis kaum verhindern lässt, dass ein Estland zugeteilter Flüchtling nach Deutschland zieht, um sich dort im informellen Arbeitsmarkt durchzuschlagen. Soll die bürokratische Umverteilungsübung gelingen, müssen die Wünsche, die persönlichen Netzwerke sowie die Sprach- und Fachkenntnisse der Flüchtlinge so weit wie möglich berücksichtigt werden, um die Integration zu beschleunigen und die rasche wirtschaftliche Unabhängigkeit zu fördern.

Europa ist keine Insel - Weniger greifbar als die Quote sind die EU-Strategien, um die Wucht der Migrationsströme nach Europa zu reduzieren. Kaum jemand fordert die Öffnung aller Grenzen nach Europa. Konsequenterweise will die EU den Schutz der Schengen-Aussengrenze verbessern und die Rückführung von Migranten erleichtern, die in Europa kein Aufenthaltsrecht erhalten. Eine realistische Migrationspolitik anerkennt aber, dass sich Europa aus eigener Kraft nie gänzlich abschotten können. Dies zeigt sich auf den griechischen Ägäis-Inseln in unmittelbarer Nähe der türkischen Küste. Sobald die Flüchtlinge in den überfüllten Gummibooten die türkischen Territorialgewässer hinter sich lassen, werden sie von der griechischen Küstenwache auf europäisches Land in Sicherheit gebracht - getreu geltendem Völkerrecht. **Dennoch muss Europa auch an seinen Aussengrenzen versuchen, die Migrationsströme zu kontrollieren und den Schleppern das Geschäftsmodell zu entziehen.**

Im zentralen Mittelmeer wird in Kürze die im Frühsommer lancierte EU-Marine-Operation in eine neue Phase treten, die Schlepperboote beschlagnahmen und die Menschenschmuggler dingfest machen soll. **Da die EU aber über kein Mandat des Uno-Sicherheitsrats verfügt, bleibt die Operation vorerst auf internationale Gewässer beschränkt.** In Griechenland führt ein verbesserter Grenzschutz am ehesten über die Kooperation mit der Türkei, die Brüssel nun zu einem intensiveren Schutz der Seegrenze und zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die Schlepper bewegen will. Wird die Grenze besser geschützt, gilt es aber auch über die Schaffung begrenzter legaler Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge zu diskutieren. Denn wer heute in Europa einen Asylantrag stellen will, hat faktisch gar keine andere Wahl, als auf **irreguläre Weise einzureisen.** Hat ein syrischer Familienvater aber zumindest eine kleine Chance, im Rahmen eines Flüchtlingskontingents nach Europa zu gelangen, wird er eher geneigt sein, in einem Uno-Flüchtlingslager in der Türkei oder in Libanon auszuharren, als das Schicksal seiner Familie in die Hände von Schleppern zu legen. Insofern könnten legale Einreisewege die individuellen Anreize für die irreguläre Einwanderung reduzieren.

Schliesslich gilt es anzuerkennen, dass Europa keine Insel ist. Die Annahme, die Konflikte in der Region würden den alten Kontinent unberührt lassen, war nie realistisch gewesen. Umso unverständlicher ist die aussenpolitische Passivität der letzten Jahre. Nun muss die EU über eine diplomatische Offensive und über eine Aufstockung der Gelder für das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge versuchen, Perspektiven in der Herkunftsregion zu schaffen. Die Europäer agieren in der Aussenpolitik aber nur glaubwürdig, wenn sie den von ihnen propagierten Prinzipien wie Friedensförderung, Achtung der Grundfreiheiten und Kooperation bei ihrem Umgang mit der Flüchtlingskrise selber nachleben. Die seit Jahresbeginn rund 500 000 Asylsuchenden wären für die EU mit ihren 500 Millionen Einwohnern eigentlich zu bewältigen. Erst die Konzeptlosigkeit hat die Ankunft der Flüchtlinge zu einer derart dramatischen Krise gemacht.

Wiederum ein sehr ambivalenter Artikel der Neuen Zürcher Zeitung, der wenig bis gar nichts zu einer Problemlösung beiträgt!

Doch sah niemand die heutige Migrationswelle im Mittelmeer voraus, schreibt Niklaus Nuspliger.

Pardon, Herr Nuspliger sind denn alle Politiker und Journalisten blind? In operative Hektik auszubrechen, auch wörtlich, wenn das „Kind bereits in den Brunnen gefallen“ ist, kann nicht zielführend sein. „After the fact“ sind wir immer klüger als zuvor. Anschuldigungen und der Hinweis auf Unterlassungen sind ebenfalls nicht zielführend.

Soll die bürokratische Umverteilungsübung gelingen, müssen die Wünsche, die persönlichen Netzwerke sowie die Sprach- und Fachkenntnisse der Flüchtlinge so weit wie möglich berücksichtigt werden, um die Integration zu beschleunigen und die rasche wirtschaftliche Unabhängigkeit zu fördern, schreibt

Nuspliger. **Da** verkennt er, dass ein Asylbegehren kein „Wunschkonzert“ sein kann.
Da kann wohl keine Wahl zwischen einer Asylunterkunft mit Meerblick und Liegestuhl gegen ein kleines Zimmer in einem auf den ersten Blick weniger attraktiven Land Osteuropas ausgetauscht werden! **Schliesslich** gilt es anzuerkennen, dass Europa keine Insel ist. **Mit dieser Aussage Niklaus Nuspligers ist wohl in der Flüchtlingsfrage weniger als ein Blumentopf zu gewinnen!**

Leserbriefe in der NZZ Uno fehlt das Geld für Versorgung

18. September

Niklaus Nuspliger ist nur zuzustimmen, wenn er von der EU eine Offensive zur **Aufstockung der Mittel für das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge verlangt** (NZZ 12. 9. 15). Bei aller Fixierung auf die täglichen Bilder vom serbisch-ungarischen Grenzzaun **darf nicht vergessen gehen, dass die Uno kein Geld mehr für die Versorgung der Menschen in den Flüchtlingslagern hat.**

Jenseits des Streits um eine angemessene Antwort auf die Flüchtlingsströme können wir Europäer uns in einem Punkt einig sein, **dass wir nämlich nicht wollen können, dass alle Menschen aus allen nahöstlichen Lagern sogleich nach Europa aufbrechen.** Dabei steht jedoch nicht nur die EU in der Pflicht; die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Deswegen ist es an uns, einen Effort zu leisten und dem Uno-Hochkommissariat einen sehr grossen Betrag zur Verfügung zu stellen.

Und dies sollten wir nicht zuletzt aus egoistischen Motiven tun: Wir können eine Destabilisierung Südeuropas wirklich nicht wollen, da wir doch eine Grenze zu Italien haben. Längerfristig wäre noch mehr vonnöten, nämlich eine materielle Unterstützung all jener labilen Staaten, deren Kollaps unweigerlich eine enorme Fluchtbewegung auslösen würde, man denke etwa an Libanon. *Francesco Papagni, Zürich*

Die Schweiz muss sich allerdings bewusst sein, dass sie alleine die Welt nicht retten und die Flüchtlingsströme nicht zum Versiegen bringen kann.

Im Leitartikel «Konzepte statt Chaos» **meint Niklaus Nuspliger, dass das Recht auf Asyl ein freiheitliches Grundrecht sei und die seit Jahresbeginn rund 500 000 Asylsuchenden für die EU mit Konzepten eigentlich zu bewältigen seien. Damit ist er wie ein Arzt, der von Symptomen redet und die zugrundeliegende schwere Krankheit übersieht.**

Denken wir über den Tag hinaus: 1950 hatte der Mittlere Osten gemäss Uno eine Bevölkerung von 50 Millionen. Nun sind es 250 Millionen, bis 2050 sollen es 370 werden. Für Nordafrika sehen die Zahlen ähnlich aus. **Von dieser halben Milliarde Menschen lebt etwa die Hälfte unter unzumutbaren Regimen. Dazu kommen schwindende Lebensgrundlagen durch jahrelange Dürre und kriegsbedingte Schäden an Bewässerungsanlagen und Infrastrukturen. 50 bis 100 Millionen Menschen aus diesen Regionen haben Gründe, nach Europa zu kommen.** Und auch hier werden sie sich rasant vermehren. Ist das für Europa zu bewältigen? Werden wir Zustände haben wie in Marseille? *Lukas Fierz, Bern*

Die Zustände in Marseille lassen erkennen, dass das Problem noch gar nicht erkannt wurde!

«Flüchtlinge sind Menschen»

Ich bin dem **Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes Herbert Winter** sehr dankbar für seine unmissverständliche Parteinahme für Flüchtlinge (NZZ 10. 9. 15). Was ihm selbstverständlich erscheint und es meines Erachtens auch sein sollte, nämlich **Solidarität mit Menschen, die Elend und Tod entkommen sind**, ist es auch in einem reichen Land wie der Schweiz leider nicht. Hier gibt es eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Personen, **die solidarische Bürgerinnen und Bürger als «Gutmenschen» lächerlich zu machen versuchen und Flüchtlinge dem Generalverdacht unterstellen, aus rein wirtschaftlichen Gründen** und mit der Hoffnung zu uns zu kommen, hier ohne Anstrengung von «unserem» Reichtum zu profitieren.

Herbert Winter sagt zu Recht, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise eine grosse Herausforderung darstellt. Wenn es um deren Bewältigung geht, könnte man sich an Präsident Kennedys berühmt gewordener Rede an der Rice University orientieren, in deren Verlauf er sagte: «We choose to go to the moon in this decade and do the other things, not because they are easy, but because they are hard, because that goal will serve to organize and measure the best of our energies and skills».

Nun gibt es aber leider einen grossen Unterschied zwischen den USA der Kennedy-Jahre, die von Idealismus, Visionen und Aufbruchstimmung geprägt waren, und der Kleingeistigkeit und den nationalen Ego-

ismen, die weite Teile des europäischen Kontinents im Klammergriff haben. Und so wird wohl auch in Zukunft «United» in «United States of America» eine vollkommen andere Bedeutung haben als «Union» in «Europäische Union».

Martin Spinnler, Zürich

Martin Spinnler gelingt es, den Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union herauszuschälen. Die Staaten der USA sind ein Land, was die Europäische Union wohl niemals werden wird und will! Zumindest haben die jüngsten Ereignisse dazu geführt, diesen „Glauben“, wenn es sich auch nicht um einen echten Glauben handelt, ganz zu verlieren. **Griechenlandkrise nicht gelöst, Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit in Europa nicht gelöst, Flüchtlingsproblem nicht gelöst, Frage der Fiskalunion nicht gelöst, gemeinsame Sicherheitspolitik nicht gelöst, die Liste liesse sich unendlich fortsetzen!**

Quotenbeschluss sorgt für Zerwürfnis - Flüchtlingsumsiedlung durch Mehrheitsbeschluss
Niklaus Nuspliger, Brüssel, 23. September

Die Innenminister der EU haben die Umsiedlung von 120 000 Flüchtlingen beschlossen - gegen den Willen Ungarns, Rumäniens Tschechiens und der Slowakei. Entlastet werden sollen vorerst nur Italien und Griechenland.

«Manche werden sagen, dass Europa nun gespalten sei», erklärte am Dienstagabend der luxemburgische Aussen- und Migrationsminister Jean Asselborn, dessen Land die EU-Präsidentschaft innehat. Kurz zuvor hatten die 28 EU-Innenminister gegen den Willen von Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Rumänien beschlossen, in den nächsten zwei Jahren 120 000 Flüchtlinge vorab aus Griechenland und Italien in andere EU-Staaten umzusiedeln. **«Wir hätten uns einen Konsens gewünscht»**, sagte Asselborn. Doch hätte die EU in der Flüchtlingskrise nicht gehandelt, wäre sie noch gespaltener, als dies nach dem **ungewöhnlichen Entscheid mit qualifizierter Mehrheit** der Fall sei.

Umverteilung ohne Quote - Die qualifizierte Mehrheit ist erreicht, wenn 16 von 28 EU-Staaten zustimmen, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung stellen. Rechtlich war ein Mehrheitsbeschluss möglich, doch hatten ihn die Minister vermeiden wollen, um politischen Flurschaden zu verhindern. Die Befürworter der Umsiedlungen waren den Gegnern in den Verhandlungen der letzten Tage daher entgegengekommen. **So werden die 120 000 Flüchtlinge nicht über die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote verteilt. Da sich die Osteuropäer gegen ein «Quotendiktat aus Brüssel» wehrten, haben die Staaten nun «freiwillig» zugesagt, so viele Flüchtlinge aufzunehmen, wie die EU-Kommission mit ihrem Verteilschlüssel berechnet hatte.**

Dennoch ist der Beschluss nun für alle EU-Staaten - also auch für die vier Gegner - bindend, wie Asselborn und der erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, betonten. Auch wurde auf Bestreben Frankreichs und Deutschlands **keine Möglichkeit geschaffen, mit der sich Staaten von der Pflicht, Flüchtlinge aufzunehmen, hätten freikaufen können.** **«Es gibt kein Geschäft Geld gegen Flüchtlinge»**, sagte der deutsche Innenminister Thomas de Maizière. **Allerdings besagt der Beschluss, dass ein Staat die Aufnahme eines kleineren Teils der Flüchtlinge um ein Jahr hinauszögern kann.** Doch muss er dafür triftige Gründe vorbringen und die Zustimmung der EU-Kommission und der anderen EU-Staaten einholen.

Bloss ein erster Schritt - Während der slowakische Regierungschef Robert Fico umgehend ankündigte, sein Land werde das «Diktat» aus Brüssel nicht respektieren, stellte sich Polen nicht gegen den Beschluss. Diese Kehrtwende hatte sich in den Stellungnahmen der polnischen Regierung im Vorfeld des Treffens abgezeichnet und trug Warschau viel Lob ein. **Erklärungsbedürftig ist die Position Ungarns, das nach den Plänen der EU-Kommission mit der Umsiedlung von 54 000 Flüchtlingen hätte entlastet werden sollen.** Doch da sich Ungarn gegen die Pläne wehrte und argumentierte, es sei anders als Italien und Griechenland kein Grenzstaat, muss das Land nun gar zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen. **Lange war unklar, was mit dem «ungarischen Kontingent» geschehen soll. Es gilt nun als «Reserve», falls es in anderen EU-Staaten zu akuten Belastungen kommt.** Sonst werden vom «ungarischen Kontingent» Italien und Griechenland profitieren, die im nächsten Jahr bereits mit der Umsiedlung von 15 600 und 50 400 Flüchtlingen entlastet werden.

Die Schweizer Justizministerin Simonetta Sommaruga zeigte sich erfreut über den Entscheid und stellte eine Beteiligung Berns am EU-Programm in Aussicht. Doch gebe es bei der Umsetzung Fragezeichen, namentlich was die Registrierung der Flüchtlinge in «Hotspots» in Italien und Griechenland anbelange. Auch Timmermans räumte ein, die Umsiedlungen stellten nur «einen ersten Schritt» bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise dar. Doch schaffe die Solidarität der EU-Partner die Voraussetzungen dafür, dass die Grenzstaaten die Flüchtlinge besser registrierten. Am Mittwoch treffen sich in Brüssel auch die EU-Regierungschefs zu einem Sondergipfel, um über das weitere Vorgehen in der Flüchtlingskrise zu beraten.

Mit dem Beschluss, der nicht einstimmig gefällt wurde, zeigt Brüssel einmal mehr sein wahres Gesicht!

Wahrlich kein gutes Omen, wenn man die Verhandlungen der Schweiz mit der EU bezüglich Personenfreizügigkeit denkt. Etwaige Sanktionen gegen die Schweiz wird wohl die Europäische Union auch mit Mehrheitsbeschluss, aber nicht mit Einstimmigkeit treffen. Damit hat wohl die EU im Fussballmatch Schweiz-EU das 0:3 geschossen, während es Simonetta Sommaruga nicht gelungen ist bei Stande von 0:2 den Anschlusstreffer zu markieren! (vgl. „Meine täglichen Gedanken“ vom 21. September: Corner für die Schweiz?)

Wiederum wird, analog zur Griechenlandkrise, ein Land der EU aussen links liegen gelassen, nämlich Ungarn. Dieses Land wird vorläufig gar nicht berücksichtigt, es soll zur „Strafe“ mit seiner grossen Anzahl Flüchtlingen selbst fertig werden, und gilt sogar noch als „Reserveland“ für die weitere Umverteilung von Flüchtlingen, unglaublich! Probleme werden in der EU gelöst, indem sie nicht gelöst werden!

Anspruchsvolle Integration - Laut der OECD müssen Migranten als wertvolle Ressource betrachtet werden
Nikos Tzermias, Paris, 23. September

Die Integration von Flüchtlingen und anderen Migranten ist sehr aufwendig, doch potenziell auch wirtschaftlich lohnenswert. Diesen Standpunkt vertritt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Nach Schätzungen der OECD muss Europa in diesem Jahr mit rund einer Million Asylbewerbern rechnen, von denen bis zu 450 000 als Flüchtlinge anerkannt werden oder einen ähnlichen Status erhalten dürften. Damit würde die Zahl der Asylsuchenden das Niveau aller legalen permanenten Neuzuwanderer in der EU im Jahre 2013 erreichen; und deutlich übertroffen würde der Flüchtlingsstrom während des Konflikts zwischen Bosnien und Serbien, als 1992 über 800 000 Asylbewerber in der EU registriert worden waren.

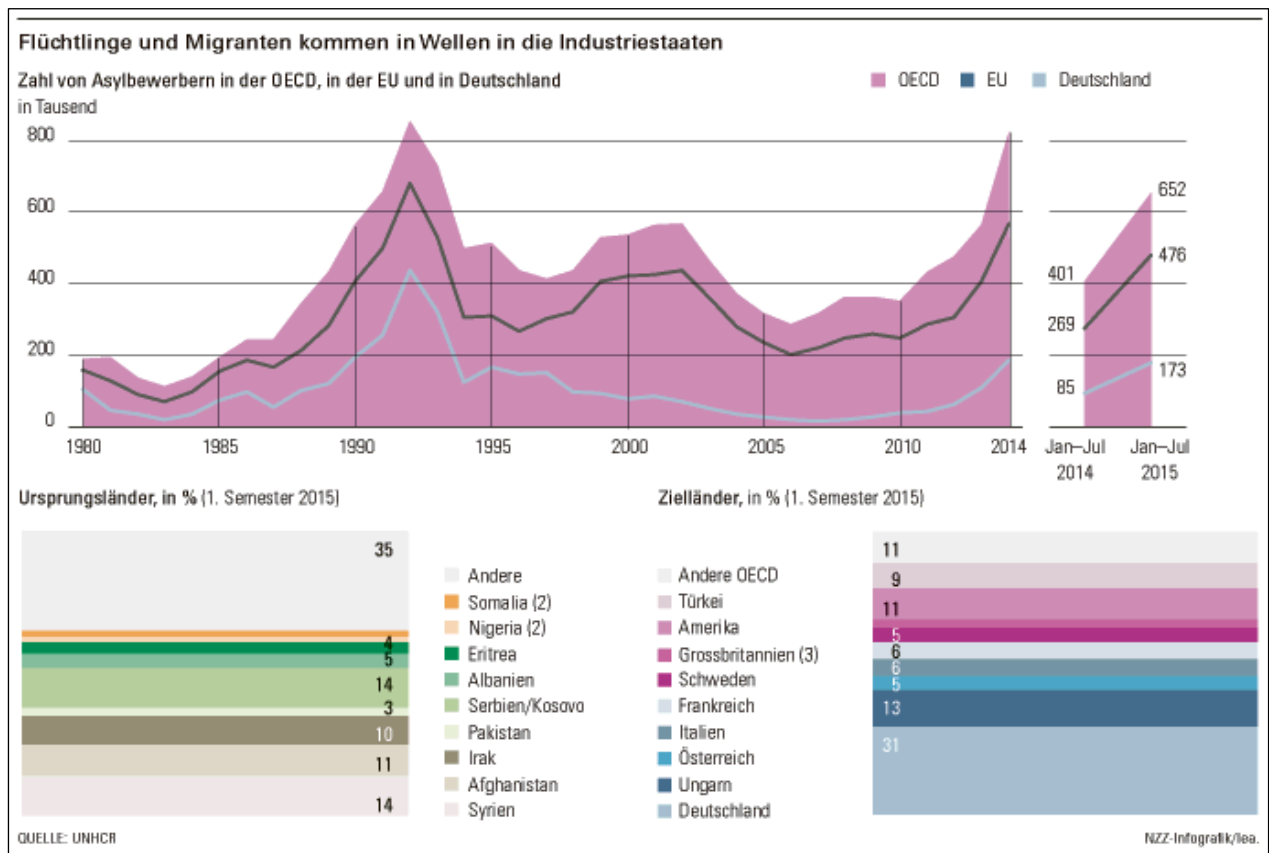
Nicht Ärmste der Armen - Mit dieser präzedenzlosen Flüchtlingskrise hat sich die OECD in ihrem am Dienstag in Paris publizierten neusten «Ausblick auf die internationale Migration» sowie einem parallel dazu veröffentlichten «policy brief» auseinandergesetzt. Fazit der Berichte: Die Integration der Flüchtlinge und anderer Migranten ist höchst aufwendig und langwierig kann sich aber wirtschaftlich lohnen und ist nicht bloss aus humanitären Gründen geboten.

Die Experten der Organisation weisen einerseits darauf hin, dass Einwanderer in vielen OECD-Ländern immer noch deutlich mehr als die Einheimischen Gefahr laufen, arbeitslos zu sein, zu verarmen oder nur qualitativ schlechte Jobs zu erhalten. Andererseits wiesen mehrere OECD-Studien darauf hin, dass die Migration, sofern sie gut organisiert werde, die Wirtschaft beflügeln und das Steuer- und Sozialversicherungssystem entlasten.

Eine erfolgreiche Integration der Migranten und im Besonderen auch der Flüchtlinge erfordert laut der OECD erstens einmal Massnahmen, die auf die spezifischen Charakteristiken und Bedürfnisse der jeweiligen Migranten zugeschnitten sind. Das sei in der gegenwärtigen Krise umso mehr geboten, als die Diversität der Asylsuchenden deutlich zugenommen habe und diese aus unterschiedlicheren Ländern stammten als dies bei früheren Flüchtlingswellen der Fall war.

Die Syrer seien aber oft besser ausgebildet als die Flüchtlinge der Jugoslawien-Kriege, und entgegen einer weitverbreiteten Ansicht handle es sich bei den Flüchtlingen **in der Regel auch nicht um die Ärmsten**

der Armen in ihren Ursprungsländern. Zweitens ist es laut der OECD wichtig, **die Integration von Flüchtlingen als Investition zu betrachten** und diese Migranten so rasch wie möglich in die Arbeitswelt zu integrieren. Je rascher das geschehe, desto erfolgreicher verspreche die Integration zu werden.



Wichtig sei auch, die richtige Balance bei der Unterbringung der Flüchtlinge zu finden. Eine Ghettobil-
dung müsse verhindert werden, die Migranten sollten **möglichst in der Nähe der Arbeitsplätze unter-
gebracht werden** und nicht nur dort, wo billige Unterkünfte vorhanden seien. Das sei zwar unmittelbar
sehr kostspielig, trage jedoch längerfristig Früchte. **Höchst wichtig sei auch, dass die Flüchtlingskinder
rasch die Sprache der Gastlandes erlernten** und besondere Hilfsanstrengungen zur **Überwindung des mit
der Vertreibung verbundenen Traumas** unternommen würden.

Dreistufiger Ansatz - Drittens empfiehlt die OECD einen **dreistufigen Ansatz zur optimalen Nutzung der
vorhandenen Fähigkeiten der Flüchtlinge.** Dafür müssten zuerst die **Qualifikationen und Fähigkeiten
genau evaluiert werden**, dann dränge sich oft eine **Zusatzausbildung** zum Erlernen der lokalen Sprache
und zur **Sicherstellung der im Gastland erforderlichen Standards** an. Schliesslich müsse den Flüchtlingen
auch die **Gelegenheit geboten werden, ihre Fähigkeiten anzuwenden**, wobei auch **Vorurteile und Diskri-
mination bekämpft werden müssten.**

Aus der Sicht der OECD ist Europa rechtlich und institutionell besser auf die neuste Flüchtlingskrise vorbe-
reitet als während der neunziger Jahre. **Allerdings hapere es noch mit der fairen Lastenverteilung.** Im
Migrationsbericht wird auch ein **Scheitern bei der richtigen Antizipation des Flüchtlingsstroms** moniert.
Und das damit verbundene Chaos drohe der Xenophobie Vorschub zu leisten und eine erfolgreiche
Integration zu erschweren.

**Andererseits wiesen mehrere OECD-Studien darauf hin, dass die Migration, sofern sie gut organisiert
werde, die Wirtschaft beflügeln und das Steuer- und Sozialversicherungssystem entlaste.**

Auf welchem Planeten leben die Verfasser solcher Studien? Einerseits wird festgestellt,
dass das Armutsrisiko für Zuwanderer mit geringer Ausbildung immens ist, andererseits glaubt man mit
dem viel kleineren Teil **einen wirtschaftlichen Erfolg erzielen zu können**, indem das Sozialversiche-
rungssystem entlastet werden könne. **Dies ist schlicht und einfach schizophren, diese
Rechnung kann nicht aufgehen!**

Da wird ja betont, dass es **Massnahmen brauche, die auf die spezifischen Charakteristiken und Bedürfnisse der jeweiligen Migranten zugeschnitten sind.** Das sei in der gegenwärtigen Krise umso mehr geboten, als die **Diversität der Asylsuchenden deutlich zugenommen habe.** **Die Völkerwanderung wird von allen Beteiligten masslos unterschätzt!**

Ein weitere Fehlüberlegung liegt in den folgenden Sätzen: **Die Syrer seien aber oft besser ausgebildet als die Flüchtlinge der Jugoslawien-Kriege,** und entgegen einer weitverbreiteten Ansicht handle es sich bei den Flüchtlingen **in der Regel auch nicht um die Ärmsten der Armen in ihren Ursprungsländern.** Zweitens ist es laut der OECD wichtig, **die Integration von Flüchtlingen als Investition zu betrachten.**

Aber bitte, wo liegt denn da die Zukunft ihrer Herkunftsländer, wenn das gut ausgebildete Hoffnungspotential nach Europa abwandert? **Da entsteht doch eine neue Brache, eine Wüste, ein Niemandsland, ein neuer Boden der Instabilität!** Europa und auch die USA müssten doch das allergrösste Interesse haben, **dass sich die Situation in den Herkunftsländern nicht durch Abwanderung der besten Kräfte noch weiter destabilisiert!.....**

Fazit wiederum: Diese OECD-Meinung ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt wurde. Man sollte alle dieses Studienschreiber zwangsweise in die Krisenregion verbannen!

**AHV-Zuschlag bringt ärmsten Senioren finanziell nichts - 185 000 Bezüger von
Ergänzungsleistungen gehen leer aus**

NZZ am Sonntag

Daniel Friedli

Mit einer Rentenerhöhung von 70 Franken will der Ständerat die AHV-Reform sozialer machen. Gerade die ärmsten Rentner profitieren davon aber finanziell nicht.

In der grossen Reform der Altersvorsorge soll er für den politischen Durchbruch sorgen: **ein Zuschlag von 70 Franken im Monat oder 840 Franken im Jahr auf alle AHV-Renten.** **Dieser Zustupf soll die Ausfälle in der Pensionskasse kompensieren, welche die Senkung des Umwandlungssatzes mit sich bringt.** Er soll weiter **die soziale Komponente der Reform stärken** und sie damit der Bevölkerung schmackhaft machen. Denn vom Rentenzuschlag, so sagte etwa die Zürcher Ständerätin Verena Diener (glp.), «profitieren gerade Frauen und Männer mit niedrigen Einkommen prozentual stärker». Gerade diese Aussage stimmt indes nur bedingt. Denn während die 70 Franken auch Millionären zugutekommen, bringen sie den ärmsten Rentnern unter dem Strich finanziell nichts.

Grund dafür sind die **komplizierten Schwelleneffekte im System der Sozialversicherungen.** Wer mit Renten und anderen Einkommen seine minimalen Lebenskosten nicht decken kann, der hat **Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL).** Diese schliessen die Lücke zwischen seinen Einnahmen und den anerkannten Ausgaben. Steigen nun die Renten, erhöht sich damit automatisch auch das für die EL anrechenbare Einkommen - was wiederum zur Folge hat, dass die Ergänzungsleistungen um denselben Betrag gekürzt werden. **Dieselbe Person erhält also mehr aus der AHV, aber dafür weniger oder sogar keine Ergänzungsleistungen mehr.**

Das Bundesamt für Sozialversicherungen geht davon aus, dass allein durch den Rentenzuschlag 120 Millionen Franken weniger via Ergänzungsleistungen ausbezahlt werden. Und es schätzt weiter, dass im Referenzjahr 2030 rund 185 000 Rentner den beschriebenen Effekt zu spüren bekommen - ihnen bleibt also trotz Rentenzuschlag letztlich nicht mehr im Portemonnaie.

Schlimmer noch: Einem Teil der Betroffenen drohen dadurch sogar finanzielle Ausfälle. **Denn auf dem geplanten Rentenzuschlag werden die Pensionäre Steuern bezahlen müssen,** derweil die Ergänzungsleistungen steuerfrei sind. Und verliert jemand seinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen, muss er zum Beispiel wieder selber Radio- und TV-Gebühren bezahlen oder für seine Zahnarztkosten aufkommen. Als EL-Bezüger ist er davon befreit.

Im Ständerat waren diese Effekte diese Woche kaum ein Thema. Nur FDP-Vertreter wie Felix Gutzwiller und Karin Keller-Sutter kritisierten, **der AHV-Zuschlag sei eine «Giesskanne»,** von der mitunter eigentlich die Falschen profitierten. **Gutzwiller plädiert dafür, einen Ausgleichsmechanismus zu finden, der gezielter jenen nützt, die auch darauf angewiesen sind.**

Paul Rechsteiner, der als Präsident des Gewerkschaftsbundes massgeblich an der Reform mitgearbeitet hat, lässt diese Perspektive nicht gelten. **Der SP-Ständerat sagt, laut Verfassung müssten AHV und Pensionskasse im Alter die Fortsetzung der gewohnten Lebensweise ermöglichen. Insofern sei es ein sozial-**

politischer Fortschritt, wenn mehr Rentner als heute auch effektiv von ihren Renten leben könnten.

Dann bleibe ihnen der mitunter entwürdigende Bittgang auf die EL-Stelle erspart, wo sie ihre ganzen finanziellen Verhältnisse offenlegen müssten. **Und von den Ergänzungsleistungen verbliebe mehr für das, wofür diese Leistungen eigentlich gedacht seien:** für Personen mit Brüchen im Erwerbsleben oder zur Finanzierung des Aufenthalts im Pflegeheim. **Rechsteiner betont zudem, dass das Paket vor allem für mittlere Einkommen und für Ehepaare attraktiv sei.**

Trotzdem ist davon auszugehen, dass die Sozialpolitiker im Nationalrat den Rentenzuschlag auch unter diesem Aspekt nochmals begutachten werden. **Unter den bürgerlichen Parteien kursiert zum Beispiel der Vorschlag, den AHV-Zuschlag nur auf den Minimalrenten auszurichten. Damit wäre verhindert, dass auch Grossverdiener mehr Rente bekommen,** das Problem des Schwelleneffekts bei der EL bliebe allerdings ungelöst. Eine andere Idee zielt darum darauf ab, auch die Ergänzungsleistungen noch in das Reformkonzept aufzunehmen. Die Befürworter dieses Ansatzes verweisen auch darauf, dass Sozialminister Berset ohnehin demnächst eine EL-Reform vorlegen wird, welche unerwünschte Anreize in dieser Kasse beseitigen soll.

Es versteht sich, dass es sich bei der vorgeschlagenen Erhöhung der AHV-Renten um einen faulen Kompromiss handelt, eine „Quersubventionierung“ der AHV-Renten durch Einbussen bei der beruflichen Vorsorge durch die Reduktion des Umwandlungssatzes. Doch diese Quersubventionierung funktioniert nur auf dem Papier und ist deshalb eine „sog. EU-Papierlösung“! Das Problem wird nicht gelöst, sondern auf die lange Bank geschoben und nach Ansicht der EU in Bezug auf andere anstehende Probleme ist diese Bank sehr, sehr lang. Es gibt immer wieder ein „Buebetrickli“ wie beim Eishockey um die Allgemeinheit zufrieden zu stellen und ihr wieder einmal ein X für ein U schmckhaft zu machen.

Es versteht sich aber, dass es in vermehrtem Masse Bevölkerungsschichten gibt, auch in der Schweiz, für die die Erhöhung der AHV wohl sehr willkommen ist, und dies vermögen offenbar auch unsere Bundesparlamentarier nicht wahrzunehmen. Denn unser Land ist beileibe nicht mehr das „reiche Land“ wie es vor allem vom Ausland her wahrgenommen wird!

Ohne auf die Details einzugehen, muss allerdings der Kommentar von Daniel Friedli teilweise in Frage gestellt werden. **Es wird zwar eine Verlagerung von den Ergänzungsleistungen zur AHV stattfinden, steuerlich werden sich diese allerdings für den Einzelnen neutral auswirken!** Zudem kann abgeschätzt werden, dass Rentner, welche sich wirtschaftlich am unteren Limit bewegen, **wegen CHF 840 keine höheren Steuern werden bezahlen müssen!**

Und wenn **Felix Gutzwiller**, der abtretende Zürcher Ständerat für eine andere Lösung eintreten würde, hätte er längst eine **Reichtumssteuer (Umlagerungssteuer) für die echten „oberen Zehntausend“** in die Diskussion einbringen müssen! Man könnte sie ja auch Solidaritätssteuer nennen! Nun kann er sich mit seinem politischen Rückzug aus der Verantwortung schleichen.

Der Ständerat will AHV und berufliche Vorsorge auf gesunde Beine stellen, ohne das Rentenalter zu erhöhen.

NZZ am Sonntag

Markus Städeli

Diese Reform der Altersvorsorge ist ein Betrug an den Jungen

Der Ständerat will AHV und berufliche Vorsorge auf gesunde Beine stellen, ohne das Rentenalter zu erhöhen. Das ist eine gute Nachricht. Allerdings nur für die Älteren. Jetzt muss der Nationalrat für **Generationengerechtigkeit** sorgen.

Die Altersvorsorge-Reform, die der Ständerat diese Woche beschlossen hat, ist keine Reform. **Es handelt sich primär um ein Paket von Steuer- und Beitragserhöhungen zulasten der Jungen.** Damit sich die Alten wie bisher vorzeitig aus dem Arbeitsleben verabschieden können. Zerlegt man das Pseudo-Reformvorhaben in seine Einzelteile, wird der **Etikettenschwindel** offensichtlich. **Die Prämisse der Ständeräte ist, dass die Renten nicht tiefer sein dürfen als heute.** Keine einfache Ausgangslage also für eine Reform, deren Dringlichkeit klar ist: **Letztes Jahr wurden bei der AHV-Kasse 320 Millionen Franken mehr aus- als einbezahlt.**

Weil das Ruhe-Geld unter dem Strich gleich hoch bleiben soll, sah sich die kleine Kammer veranlasst, die AHV-Renten für frisch Pensionierte um 70 Franken anzuheben und **zudem auch den Ehepaaren mehr**

Rente zuzuschanken. Dies, um die beschlossene Senkung des sogenannten Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge zu kompensieren. Dessen Mechanismus versteht man am besten anhand eines Zahlenbeispiels: 100 000 Franken angespartes Kapital in der zweiten Säule werden bis jetzt beim Renteneintritt in eine jährliche Rente von 6800 Franken umgewandelt. Künftig sollen es nur noch 6000 Franken sein.

Diese Senkung des Umwandlungssatzes sei doch ein echter Reformschritt, argumentieren die Politiker. In Wahrheit handelt es sich nur um die teilweise Beseitigung einer stossenden Ungerechtigkeit: Weil die Pensionierten wegen des überhöhten, staatlich festgelegten Umwandlungssatzes mehr Rente zugesprochen bekommen, als sich ökonomisch rechtfertigen lässt, plündert man heute einfach den Spartopf jener, die noch erwerbstätig sind. Doch eine solche Umverteilung von Jung zu Alt ist innerhalb der beruflichen Vorsorge gar nie vorgesehen gewesen. **Für einen Ausgleich zwischen den Generationen dient die AHV. Auch die von der kleinen Kammer beschlossene Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer ist kein eigentlicher Reformschritt. Es handelt sich um eine Selbstverständlichkeit.** Die (wenigen) Gegner von Rentenalter 65 für Frauen argumentieren zwar zu Recht, dass es immer noch **ungerechtfertigte Lohnunterschiede** zwischen den Geschlechtern gebe. Das ist aber **nur ein Scheinargument** gegen gleiches Rentenalter für alle. **Wenn wir die Geschlechter gegeneinander ausspielen wollten, müssten wir auch den Militärdienst thematisieren und dass Frauen im Schnitt vier Jahre länger leben.** Das würde eigentlich Rentenalter 69 für Frauen bedeuten, während sich die Männer weiterhin mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben zurückziehen könnten. Das fordert klugerweise niemand.

Hat der Ständerat denn Reformen beschlossen, die wirklich der Rede wert sind? Nein. **Nur höhere Beitragszahlungen, die meisten von ihnen zulasten der jüngeren Erwerbstätigen, und eine Anhebung der Mehrwertsteuer.** Nun stellt die Finanzierung der Vorsorgewerke angesichts unserer erfreulichen Langlebigkeit eine Herkulesaufgabe dar. Um sie schultern zu können, dürfen wir keine Tabus scheuen. **Über Mehreinnahmen nachzudenken, ist völlig legitim.**

Ausschliesslich auf sie zu setzen, ohne wirkliche Reformen auch nur in Erwägung zu ziehen, ist aber töricht und der politischen Kultur der Schweiz eigentlich fremd. Man kennt solche Manöver hinreichend aus heruntergewirtschafteten Ländern wie etwa Frankreich. **In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass eine Mehrheit der reichen Länder bereits beschlossen hat, das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre oder mehr zu erhöhen.** Sogar Frankreich. In der Schweiz hingegen, mit der weltweit höchsten Lebenserwartung, wollen die Politiker der Bevölkerung keinen reinen Wein einschenken. Sie wagen nicht, von einem höheren Rentenalter zu sprechen. **Doch wir werden länger arbeiten müssen, wenn wir gleich viel Rente beziehen wollen.** Und das selbst, wenn wir künftig mehr auf die Seite legen. Eine Katastrophe ist das nicht. **Man könnte das Pensionsalter ja schonend jedes Jahr um einen Monat anheben, wie in Deutschland.** Nur müssen wir das jetzt anpacken. **Längere Lebensarbeitszeiten sollten - um politisch eine Chance zu haben - mit den Finanzierungsmassnahmen zu einem Gesamtpaket geschnürt werden.**

Das wissen eigentlich auch die Politiker. Doch sie haben **Angst vor dem erneuten Scheitern einer Rentenreform an der Urne.** Vor allem wollen sie es sich nicht mit ihren zumeist ergrauten Wählern verderben - zumal nicht kurz vor den eidgenössischen Wahlen. **Den Schweizern eine Erhöhung des Rentenalters lieb zu machen, ist gewiss anspruchsvoll.** Aber es nicht einmal zu versuchen, und das auch noch mit Verweis auf unsere direkte Demokratie, ist eine politische Bankrotterklärung. Wir Schweizer haben schon oft gegen vermeintliche Vorteile gestimmt, zum Beispiel gegen sechs Wochen Ferien. **Weil wir erkannt haben, dass der Verzicht auf unsere kurzfristigen Eigeninteressen gut für das langfristige Gemeinwohl ist. Auf der politischen Reife der Bürger beruht die Stärke unseres Demokratiesystems.**

Der Nationalrat muss die Altersvorsorge-Reform korrigieren. Sie verstösst in grober Weise gegen die Generationengerechtigkeit. **Es handelt sich um einen Enkeltrick unter umgekehrten Vorzeichen.** Die Betroffenen sind die politisch wenig erfahrenen Jungen.

Beschliessen kann man alles, ob es etwas nützt, ist eine andere Frage, so bei der Heraufsetzung des Rentenalters in Frankreich! **Die Jobs für diese „neuen Alten“ sind doch gar nicht vorhanden! Und selbst bei der Kontroverse um die Langlebigkeit bei Frauen und Männern ist ein grosses Fragezeichen zu setzen. Für die AHV ist es wohl ein Vorteil, wenn nicht alle Bürger 100 Jahre alt werden!**

